

Kommunale Verantwortung für Klimaschutz

**Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Bürgerinnen und Bürger,**

Mit dem ersten Rundbrief in 2009 meldet sich das braunschweiger forum e.V. zu Wort.

Das vergangene Jahr wird uns allen in Erinnerung bleiben. Die Finanz- und daraus resultierende Wirtschaftskrise verunsichert viele – wie wird es weitergehen? Längst haben wir gelernt, dass in einer globalisierten Welt auch kleine Kommunen ganz plötzlich direkt von Börsencrashes betroffen sind. Cross-Border-Leasings führten beispielsweise zur Handlungsunfähigkeit der Stadt Wuppertal. Braunschweig ist bei diesen Geschäften noch glimpflich davongekommen. Die Automobilindustrie spürt die Krise ebenfalls. Für eine Region, die stark vom wirtschaftlichen Erfolg

des VW-Konzerns abhängig ist, ein großes Alarmzeichen. Aber: In jeder Krise stecken Chancen!

Der Machtwechsel in den USA mit dem neuen Präsidenten Barack Obama nährt Hoffnungen auf strategische Politikwechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik wie auch der Klimapolitik.



Nördliches Ringgleis sichern! Privatnutzung gefährdet Durchgängigkeit

Wir stehen vor der Chance, jetzt einen ökologischen Umbau der Wirtschaft einzuleiten. Energieeffizienz, Energievermeidung und die Förderung erneuerbarer Energien sind dabei die Schlüsselwörter für den Weg in die Zukunft.

Die Schlüsselwörter haben nicht nur das ökonomische, sondern auch das politische Handeln zu beeinflussen. Hier kommt auch der Kommunalpolitik eine besondere Rolle zu: Stadtumbau, Stadtentwicklung und kommunale Energiepolitik sind die zentralen Handlungsfelder dafür. Die Stadt Braunschweig hat ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und damit die Chance, sich neu im kommunalen Wettbewerb um die innovativsten Köpfe, Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsbetriebe zu positionieren.

Längst sind dafür nicht nur Wirtschaftsförderung und Infrastrukturprojekte notwendig. Vielmehr kommt weichen Standortfaktoren wie kulturellen Angeboten, Kinderbetreuung, eine gute Bildungslandschaft sowie eine attraktive Vielfalt an urbanen Orten eine besondere Bedeutung zu. Gleichzeitig gilt es, das friedliche und wertschätzende Zusammenleben zu fördern und Menschen in sozial prekären Lebenssituationen Hilfen und Angebote für den Weg aus der sozialen

und wirtschaftlichen Isolation zu bieten.

Das geschnürte Konjunkturpaket der Bundesregierung bietet die Chance, wichtige Investitionen vorzuziehen. Dabei sollte in jeder Entscheidung die klimapolitische Wirkung berücksichtigt werden. Bei zusätzlichen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind die Mittel gleichberechtigt auf den Straßenbau, den Ausbau der Stadtbahn, den Radwegausbau sowie Maßnahmen zur Verbesserung des Fußverkehrs zu verteilen. Die Steigerung der Energieeffizienz und Isolierung im Gebäudebestand wird den Energieverbrauch nachhaltig senken.

Das braunschweiger forum begleitet seit 28 Jahren eine bürgernahe Stadtplanung. Klimaschutz und soziale Stadtentwicklung sind dabei in den letzten Jahren stärker in den Fokus unserer Arbeit geraten.

Neben den Aktivitäten zum Radverkehr und zum öffentlichen Nahverkehr und damit für eine umweltfreundliche Mobilität, steht das Engagement für die Sinti in Braunschweig im Vordergrund.

Darüber hinaus mischen wir uns nach wie vor in wichtige Projekte der Stadtplanung ein: Die weitere Sicherung des nördlichen Ringgleises zwischen Uferstraße und Beethovenstraße sowie die

Stadterneuerung in der Innenstadt.



Seit Oktober 2008 kooperiert das braunschweiger forum mit dem Energieforum. Dieses organisiert, in Zusammenarbeit mit zahlreichen weiteren AktivistInnen die Veranstaltungsreihe Braunschweig - 100% regenerativ. Die nächste Veranstaltung findet am 18. März statt (siehe Termine).

Neues Liniennetzes der Braunschweiger Verkehrs AG – braunschweiger forum diskutiert mit

von Jan F. Ehmke

Am 12. Oktober 2008 trat es nun in Kraft – das neue Metro-Liniennetz der Braunschweiger Verkehrs AG, dessen Eckpunkte bereits im Juni einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt worden waren. Michael Walther und Jan Ehmke der AG Nahverkehr konnten damals anhand bekannter Eckdaten wie z.B. das vorgegebene Defizit des Fahrplans oder dem zu verwendenden Grundtakt (15-Minuten-Takt auf den Hauptlinien) eine Test-

version des zu Fahrplans erstellen. Dieser Testfahrplan wurde im Internet veröffentlicht, um möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern das konstruktive Mitdiskutieren zu ermöglichen. Außerdem nutzten sie den Testfahrplan, um das neue Liniennetz schon einmal unter die Lupe zu nehmen. Die Ergebnisse wurden in einem Pressegespräch den Braunschweiger Medien und den Ratsfraktionen zur Verfügung gestellt.

Auch mit der Verkehrs AG wurde der Dialog gepflegt, und im August hatte das braunschweiger forum schließlich die Gelegenheit, „seine“ Ergebnisse mit den Fahrplanern der Verkehrs AG zu vergleichen, Einsichtnahme in die Detailpläne der Verkehrs AG zu nehmen und mögliche Schwachpunkte zu diskutieren. Die Vertreter des braunschweiger forums nahmen diese Gelegenheit wahr und gaben Hinweise zur operativen Umsetzung der Fahrpläne – Anschlüsse, Lage der Abfahrtszeiten und Übersichtlichkeit der Fahrpläne waren heiß diskutierte Themen. Die Schwachpunkte aus Sicht des braunschweiger forums wurden gesammelt und der Verkehrs AG zur Verfügung gestellt; gleichwohl fanden sie in die erste Umsetzung des neuen Fahrplans noch keinen Eingang. Wir gehen davon aus, dass in zukünftigen

Anpassungen unsere Anmerkungen umgesetzt werden.

Folgende Punkte sind aus Sicht des braunschweiger forums so schnell wie möglich zu verbessern:

Als Sorgenkind des neuen Fahrplankonzeptes betrachten wir die Buslinie 443 (Rathaus – Riddagshausen – Querum). Diese übernimmt die Anbindung des östlichen Ringgebietes im Bereich Kastanienallee, welche sich als unzureichend darstellt. Wir schlagen vor, zwei Linien zu bilden: Bus 422 (Lehndorf – Rathaus – Prinz-Albrecht-Park – Riddagshausen, verkehrt im 30-Minuten-Takt zwischen Prinz-Albrecht-Park und Lehndorf sowie stündlich weiter nach Riddagshausen. Bus 443 Rathaus – Prinz-Albrecht-Park – Querum – Bevenrode, verkehrt im 30-Minuten-Takt zwischen Rathaus und Essener Straße und jeweils stündlich weiter nach Bevenrode bzw. zur Duisburger Straße.

Diese Liniensplittung sichert die Direktverbindung für Fahrgäste auf der Kastanienallee zu den Haltestellen in der Fußgängerzone und eine Anbindung der Kastanienallee in einem 15-Minuten-Takt. Zur kostenneutralen Umsetzung ist zwar eine Verschiebung der Leistung von Bus 443 aus dem Bereich Querumer Forst erforderlich. Der Siedlungsbereich am Querumer Forst

wird aber weiterhin attraktiv und ausreichend mit der M13 erschlossen.

Bessere Anbindung der Stadtteile Watenbüttel/Völkenrode (M16, Bus 461). Aufgrund der Änderungswünsche des Stadtbezirksrats wird Bus 461 bis Völkenrode verlängert, zugunsten eines reduzierten 30-Minuten-Taktes auf der Linie M16. Daraus resultieren insgesamt nur noch 3 Fahrten je Stunde nach Watenbüttel/Völkenrode.

Bessere Anbindung des Stadtteils Veltenhof durch Verschiebung von Abfahrten, umsetzbar durch eine kostenneutrale, gemeinsame Umlaufplanung für die Linien Bus 414 und 454.

Konzeption Bus 418 (Westpark – Bebelhof): Wir begrüßen die Einführung des konsequenten 15-Minuten-Taktes auf Bus 418 zwischen Weinbergsweg und Prinz-Albrecht-Park. Das bedeutet eine deutliche Aufwertung für die Haltestellen Nussbergstraße sowie den westlichen Madamenweg und stellt einen sinnvollen Ersatz für den ehemaligen Bus 413 dar. Wir schlagen zusätzlich vor, Bus 418 und Bus 422 in einem 7/8-Minuten-Takt zwischen Rathaus und Goslarischer Straße zu takten.

Verschiebung der Zeitlage der M5 (Hauptbahnhof – Broitzem), so dass kein Parallelverkehr auf

dem Abschnitt Leonhardplatz – Schloss entsteht. In der Gegenrichtung ist dies mit einem 10/5 Minutentakt bereits geglückt.

Ergänzung fehlender Fahrten zwischen 19.30 und 20 Uhr – bezogen auf einzelne M-Linien/Richtungen ab Haltestelle Rathaus.

Einen weiteren Diskussionspunkt betreffen sog. Linienwechsler, die im neuen Fahrplan nicht gekennzeichnet sind. Wir schlagen vor, hier Fußnoten zu verwenden, und als Mindeststandard Hinweise auf weiterführende Linien abzdrukken. Das macht das Fahrplanangebot aus Fahrgastsicht transparenter.

Weiterhin werden einrückende Stadtbahnen nicht mehr im Fahrplan veröffentlicht. Wir schlagen vor, diese in der Regel wieder abzdrukken. Alle Einrücker sollten nach wie vor in der elektronischen Fahrplanauskunft „EFA“ vermerkt werden.

Neben all diesen operativen Kritikpunkten wird das braunschweiger forum die Akzeptanz und Verbesserung des ÖPNV in Braunschweig weiterhin konstruktiv begleiten. Anregungen und Diskussionsbeiträge zu unseren Vorschlägen sind jederzeit gerne gesehen.

Die Fahrplanumstellung: ein Kommunikationsdilemma

von Michael Walther

Wohl seit Jahrzehnten hat das Thema Bus und Bahn nicht mehr die Öffentlichkeit so stark bewegt, wie seit dem 12. Oktober 2008. Einer – in Teilen sehr unsachlichen – Berichterstattung in der Braunschweiger Zeitung folgten unzählige LeserInnenbriefe. Auch die Braunschweiger Verkehrs AG (BSVAG) verzeichnete ungewöhnlich viele Beschwerdebriefe.

Dabei hat die BSVAG eine Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld der Linien- und Fahrplanumstellung geleistet, wie sie bisher nicht bekannt war.

Größter Zorn der Fahrgäste:

- in der Hauptverkehrszeit ist der Fahrplan zu stark ausgedünnt
- Fahrzeuge sind überfüllt und häufig verspätet
- Der Schülerverkehr funktioniert nicht.

Die BSVAG kontert, dass die Leistung nicht reduziert wurde. Es seien genauso viele Fahrzeuge in der Hauptverkehrszeit im Einsatz, wie im alten Fahrplan auch. Das Dilemma ist, dass ein Grossteil der Einsatzleistungen in der Hauptverkehrszeit nicht im Aushangfahrplan und nicht in den ausgehändigten Fahrplan-

büchern verzeichnet ist. Vielen Fahrgästen fehlt somit schlicht das Wissen, wann die Entlastungsfahrten erfolgen.

Das extra für die Schülerverkehre gedruckte Faltblatt ist unübersichtlich und für viele nicht verständlich. Es enthält nur die Abfahrtszeiten an den Endhaltestellen und somit keine Informationen, wann das Fahrzeug an den Unterwegshalten zu erwarten ist. Die BSVAG weist auf die aktuellen Informationen im Internet, doch wer möchte sich grundsätzlich vor einer Fahrt mit Bus und Bahn im Internet informieren?

Darüber hinaus gibt es Einsatzfahrten, die weder im Internet noch in irgendwelchen Fahrplanauskünften erscheinen. Diese Leistungen (beispielsweise Fahrten auf der Tramlinie 9) sind nur den elektronischen Fahrzeitanzeigern an den Haltestellen zu entnehmen – unfassbar.

Schlussendlich gibt es somit verschiedene Informationsquellen für das Fahrplanangebot: Aushangpläne, Schulverkehrflyer, Internetfahrplanauskunft EFA und die Fahrzeitanzeigen an ausgewählten Haltestellen.

Erstmalig verfolgt die BSVAG auch ein neues Konzept im Entlastungsverkehr. Während sie früher das Fahrtenangebot gleichmäßig über die Stunde

verteilte (woraus ein 7/8 oder ein 10 Minutentakt resultierte) verstärkt sie jetzt Regelfahrten im 15 Minutentakt. Das bedeutet, dass zu einer Minute plötzlich zwei Fahrzeuge auftauchen, um das somit natürlich höhere Fahrgastaufkommen abzutransportieren. Das führt zu Verspätungen, weil die Wartezeiten an den Haltestellen sich verlängern, weil der Fahrgastwechsel länger dauert.

Das braunschweiger forum spricht sich darum dafür aus, die Entlastungsfahrten gleichmäßig zwischen die Regelfahrten zu verteilen und alle im Aushangfahrplan auszudrucken. Somit wird allen Fahrgästen das Angebot bekannt, eine Verteilung auf die Fahrten erfolgt.

Klimaschutz in Kommunen Ein Thema für Braunschweig!

von Michael Walther

Die Heinrich-Böll-Stiftung organisierte am 24. und 25. Oktober 2008 einen Kongress zum Thema KlimaKommunal: Welche Möglichkeiten haben Kommunen, ihren Beitrag im Rahmen der Gesamtstaatlichen Aufgaben zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung zu leisten? DezernentInnen, KommunalpolitikerInnen und Bürgerinnen und Bürger tauschten ihre Erfahrungen aus.

Dreiklang im Klimaschutz

Die wesentlichen Maßnahmen des Kommunalen Klimaschutzes konzentrieren sich auf:

- Energieeffizienz
- Energieeinsparung
- Erneuerbare Energie fördern

Dabei wurde von allen anwesenden Kommunen gleichermaßen die Bedeutung einer Analyse der Emissionen herausgestellt. Von diesen ausgehend müssen Ziele zur Reduzierung vereinbart und daran anschließend geeignete Maßnahmen eingeleitet werden.

Eine Forderung, die auch die Niedersächsische Kommunalprüfungsanstalt in Ihrem Prüfungsbericht an die Stadt Braunschweig empfiehlt: „Zur leichteren Steuerung sollten die fachspezifischen Ziele messbar formuliert und Zielerreichung mit Hilfe von Kennzahlen überprüft werden können.“ (Quelle: Bericht über die überörtliche Prüfung der Stadt Braunschweig 2003 bis 2006, Seite96)

Der Analyseprozess ist von großer Bedeutung, weil er in der Bevölkerung die Transparenz und das Problembewusstsein fördert und den Handlungsdruck allen vor Augen führt. Erfolgreicher Klimaschutz ist nur mit den Bürgerinnen und Bürgern umzusetzen.

Maßnahmen und Projektkatalog

Es gibt deutlich mehr Möglichkeiten für den Kommunalen Klimaschutz als vielen bewusst ist. Eines ist jedoch hervorzuheben: Eine Reduzierung der CO₂ Emissionen ist nur durch Verhaltensänderungen zu erreichen. Deshalb kommt vielen kleinen Projekten und Maßnahmen, die Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen genauso eine Bedeutung zu, wie Maßnahmen der städtischen Gebäudesanierung und der Förderung erneuerbarer Energien der ortsansässigen Energieerzeuger.

Kommunale Planungshoheit ausnutzen

Den Kommunen obliegt die Planungshoheit für ihr Stadtgebiet. In der Aufstellung von Bebauungsplänen können Maßnahmen zum Klimaschutz verankert werden. So sind in den textlichen Festlegungen Vorgaben zur Energieeffizienz bis hin zur Energieversorgung notwendig.

Über die Vorgaben der Ausrichtung der Gebäude können möglichst große Dachflächen nach Süden vorgeschrieben werden, um auch Solarthermie und Photovoltaik optimal zu fördern.

Flächensparsame Stadtentwicklung

Die Ausweisung neuer Stadtgebiete ist unter dem Aspekt der Flächensparsamkeit und der Energieeffizienz zu betrachten. Es sind vor allem die Infrastrukturkosten, die die Kommunen zu Beginn und langfristig belasten. Grundsätzlich ist die Innenentwicklung vor die Außenentwicklung zu fördern. Unter dem Leitbild der „Stadt der kurzen Wege“ sind nicht nur Infrastrukturkosten (Kanalisation, soziale Einrichtungen, Verkehrsinfrastruktur) einzusparen, sondern auch Verkehr wesentlich zu reduzieren.

Selbst bei der Veräußerung von Bauflächen kann auf die Investoren eingewirkt werden. Den Zuschlag erhalten die Investoren, die sich für eine energieeffiziente und flächensparsame Bebauung verpflichten. Die Einhaltung restriktiver Energiestandards wird zum Auswahlkriterium. Zusätzlich sind Gewerbeflächen passgenau zu vermitteln. Sind an einem Standort die gewünschten Flächen nicht vorhanden, werden Ersatzvorschläge unterbreitet.

Eine energieeffiziente Stadt ist kompakt bebaut, hat zahlreiche Grünflächen zur Naherholung und für den Luftaustausch, fördert die Funktionsmischung (Arbeiten, Wohnen, Versorgung, Freizeit) und bietet ein breites, gleichberechtigtes Mobilitäts-

spektrum zwischen MIV, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr an.

Energieeffiziente und energiesparende Gebäudesanierung

In der Steigerung der Energieeffizienz bei Gebäuden kommt den Kommunen eine Vorbildfunktion zu. Sie ist geradezu verpflichtend und muss von der Kämmerei gefördert werden, amortisieren sich die Kosten bei guter Isolierung und den damit verbundenen Einsparungen der Energiekosten in 6 bis 8 Jahren. Die Stadt Aachen konnte beispielsweise die steigenden Energiepreise durch steigende Energieeinsparungen kompensieren.

Satzungen zur Förderung erneuerbarer Energien

Politisch und gesellschaftlich in der Diskussion stehen Satzungen, die Vorgaben zur Förderung erneuerbarer Energie machen. Kommunen arbeiten aktuell bereits mit einer großen Anzahl von Satzungen, die Regelungen der Kommunalen Selbstverwaltung festschreiben (Abfallentsorgung, Abwasser, Straßenausbau, Kindergartenbeiträge, etc.).

Die Stadt Marburg hat eine Solarsatzung erlassen. Vorgaben, die zuvor nur in Bebauungsplänen festgeschrieben wurden, sollten somit auf den Bestand übertragen werden. Die Satzung sieht vor, dass bei einem Heizkesselwechsel, der Änderung der

Heizungsart oder Dacherneuerungen die eine Fläche von 20% überschreiten, solarthermische Anlagen aufzubauen.

(http://download.bildung.hessen.de/unterricht/lernarchiv/sek_ii/powi/oek/pol/mb/Solarsatzung_Marburg_2008.pdf).

Härtefallregelungen und Ausnahmeregelungen sind selbstverständlich auch definiert worden.

Darüber hinaus sind Konzepten der dezentralen Energieversorgung Vorrang vor der zentralen Energieversorgung zu geben, weil somit Kosten in die Infrastruktur und Energieverluste beim Energietransporte auf ein Minimum reduziert werden.

Beratung der Bevölkerung

Klimaschutz ist nur mit einer breiten Akzeptanz und Verhaltensänderungen der Bevölkerung möglich. Aus diesem Grund kommen der Öffentlichkeitsarbeit und der Beratung eine besondere Bedeutung zu. Beratungsthemen sind: Wohnstandortberatung, energieeffiziente Gebäudesanierung, Mobilitätsberatung.

Beispiele anderer Städte zeigen, dass Beratungen der Kommunen hohe Investitionen auslösen können. Beratungen sind auch von privaten Institutionen anzubieten, häufig gibt das niedrigschwellige Angebot der Kommunen aber auch Einwohnerinnen und Einwohnern mit mittleren und gerin-

gen Einkommen den Anstoß, eine Beratung anzunehmen.

Wohnstandortberatungen können realistische Kostenvergleiche aufstellen, die auch Mobilitätskosten berücksichtigen und darüber hinaus passgenau Empfehlungen für städtische Quartiere aussprechen. Somit besteht ein Baustein, Abwanderungen ins Umland zu reduzieren.

Mobilitätsberatungen versuchen das Mobilitätsverhalten der privaten Haushalte zu beeinflussen. Dazu werden Maßnahmen und Projekte in Zusammenarbeit mit Wohnbaugesellschaften, großen Arbeitgebern, Schulen, Kindergärten etc. eingeleitet. Häufig fehlen Informationen, wie mit anderen Verkehrsmitteln die täglichen Wege auch attraktiv zurückgelegt werden können.

Resümee

Die Stadt Braunschweig braucht einen abgestimmten Maßnahmenplan. Aktuell werden ziellos Maßnahmen initiiert, die ohne Zielvorgaben und ohne Indikatoren laufen. Eine Steuerung eines effektiven Klimaschutzes ist somit nicht möglich. Ein intensiverer Austausch mit anderen Kommunen kann da sehr behilflich sein.

Die Stadtausweitung erfolgt ziellos und ohne energiepolitische wie auch finanzpolitische Weitsicht. Das Neubaugebiet Bu-

chenberg (Kanzlerfelderweiterung) bedarf erheblicher Infrastrukturmaßnahmen. Die Folgekosten tragen spätere Generationen. Das Gebiet ist nicht attraktiv an Bus und Bahn angeschlossen, womit der motorisierte Individualverkehr gefördert wird. Zusätzliche Flächen außerhalb der geschlossenen Bebauung werden versiegelt.

Bedauerlich dagegen ist, dass kein Neubaugebiet in Stöckheim entsteht. Dieses wäre umgeben von einer Siedlungsstruktur, in der zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen nicht erforderlich sind. Sogar ein attraktiver Stadtbahnanschluss besteht in fußläufiger Reichweite. Hier wären alternativen zur verkehrlichen Erschließung denkbar, die von den AnwohnerInnen entlang der Romintenstraße geäußert werden.

Eine Klimapolitische Bewertung von Bebauungsplänen fehlt. Hier kann die Stadt wesentlich auf Energieeffizienz einwirken.

Bedauerlicher Weise fordert die Kommunalpolitik kein inhaltlich und steuerbares Klimakonzept von der Verwaltung ein. Die bundespolitischen Vorgaben werden somit vorerst in der Braunschweiger Kommunalpolitik keinen Einzug halten.

[fern]wärme: Braunschweig braucht eine offene Diskussion zur Zukunft der lokalen Energie- und Wärmeversorgung

von Gudrun Beneke und
Wilfried Theilemann

Der Fernwärmepressure ist vom Tisch. Das ist im Sinne des [fern]wärmeforums. Die Stadt hat innerhalb von 14 Monaten - trotz unzähliger Briefe von Bürgerinnen und Bürgern an Rat und Verwaltung - keine inhaltliche Information zur Erhellung des Zwangsvorhabens in punkto Klimaschutz und Luftreinhaltung heraus gegeben. Zudem war und ist nicht erkennbar, inwieweit die Stadt auf eine bezahlbare Energie- und Wärmeverorgung hinwirkt. Vier jeweils in den Grundannahmen geänderte Vollkostenvergleiche innerhalb von nur 14 Monaten lassen die Bürgerinnen und Bürger an der Verlässlichkeit von Kostenaussagen zur Fernwärme zweifeln. Vor dem Hintergrund kollabierender Finanz- und sich verknappender Rohstoffmärkte benötigt Braunschweig eine lokale Energie- und Umweltpolitik, die offensiv Abhängigkeiten von internationalen Rohstoff- und Finanzmärkten eindämmt. Was aber unternimmt die Stadt, um Hauseigentümer zur energetischen Sanierung ihrer Gebäude zu motivieren? Inwieweit schafft sie Vorausset-

zungen für eine verstärkte Nutzung regenerativer Energien - unabhängig von der BS Energy AG? Und wie kommt es, dass nicht die Stadt sondern die BS Energy AG die Abkehr vom Fernwärmezwang bekannt gibt und zugleich kund tut, noch in diesem Jahr einen Fernwärmeausbauvertrag mit der Stadt abzuschließen?

Das [fern]wärmeforum fordert Rat und Verwaltung auf, die gebotene Distanz gegenüber der BS Energy AG zu wahren sowie die erforderlichen Informationen bereit zu stellen, damit in Braunschweig endlich eine breite öffentliche Diskussion zur Zukunft der lokalen Energie- und Wärmeversorgung geführt werden kann. Ebenso erachtet es das [fern]wärmeforum als unabdingbar, Verträge zum Ausbau der Fernwärme auf der Grundlage eines demokratisch legitimierten Kriterienkataloges und eines ebenso legitimierten gesamtstädtischen Energie- und Wärmekonzeptes zu beraten.

Unter Klimaschutz- und Luftreinhalteteerfordernissen ist der Bau eines neuen Kraftwerks zu begrüßen. Jedoch bleibt nach wie vor zu klären, welche Rolle das wenig umweltfreundliche HKW-Mitte in der zukünftigen Energie- und Wärmeversorgung spielen darf. Es liegt kein Beleg vor, dass Einzelheizungen mehr Luft-

schadstoffe verursachen als die Fernwärme aus dem HKW-Mitte. Das Gegenteil dürfte der Fall sein. Somit ist zu fragen, warum 100 Mio. Euro in ein - die Energiekosten in die Höhe treibendes - Fernwärmenetz investiert werden sollen, wenn es für weniger Geld mehr Luftreinhaltung, mehr Klimaschutz und weniger Abhängigkeit von energiewirtschaftlichen Kapitalgesellschaften geben könnte.

Irritationen rund um die Uferstraße

Von Heiderose Wanzelius

Eigentlich nahm das Schicksal seinen Lauf, nachdem Anfang September 2008 eine Hamburger Firma im Auftrag der Stadtbad GmbH das Gelände des zukünftigen Spaßbades einzäunte und die Wasserstelle der Siedlung Uferstraße / Zum Ölpersee ebenfalls kurzfristig abspernte. Anwohner / innen machten die Arbeiter darauf aufmerksam, dass dies nicht sein könne, da die Umzäunung die einzige Zapfstelle zu ihrem Trinkwasser und zudem den Zugang zu den zentralen Briefkästen versperren würde.

Nach starken Protesten einigte man sich erst einmal, den Zaun wieder zu öffnen, jedoch wurden im nächsten Schritt alle Büsche



und Bäume am Galggraben ausgerissen bzw. gefällt. Dazu gehörten auch diejenigen, die die Anwohner/innen in den 80-iger Jahren zum Schutz der Trinkwasserstelle gegen Regen und Wind selbst angepflanzt hatten.

Besonders skurril wurde es, nachdem ihnen ihre eigenen Bäume durch die Arbeiter der Baufirma gegen 200 Euro zerkleinert als Brennholz angeboten wurden. Langsam machte sich unter den Anwohner/innen Panik breit, Gerüchte über den Abriss der Siedlung machten die Runde.

Diese Situation spitzte sich noch weiter zu, nachdem Sabine Dullin, die Verantwortliche für die Wasserstelle, durch ein Schreiben des Liegenschaftsamtes aufgefordert wurde, Beweise für die Legitimation der Wasserstelle durch einen politischen Beschluss zu erbringen. Sichtlich verzweifelt wendete sie sich mit

einer Bürgeranfrage an den Oberbürgermeister und die politischen Fraktionen der SPD und CDU. Ihrer Meinung nach hätten diese eigentlich Kenntnis über den Sachverhalt haben müssen, denn einzelne Politiker dieser Parteien, die auch jetzt noch dem Rat angehören, stimmten 1984 einer zentralen Trinkwasserzapfstelle zu. Im Vorfeld der Ratssitzung wurde Frau Dullin versichert, dass die Anwohner/innen nichts zu befürchten hätten und die Wasserstelle auch in der Zukunft den Menschen zugänglich bleiben würde.

Leider blieb es bei diesen Äußerungen und nichts geschah, um den alten Zustand der Trinkwasserstelle wieder herzustellen. Die Anwohner/innen erhofften sich einen Schutz der Anlage gegen den zu befürchtenden Kälteeinbruch in den kommenden Wochen. Niemand der Verantwortlichen konnte sich in die Ängste

der Anwohner/innen hineindenken, wie sich die zukünftige Planung auch in anderen Bereichen auf ihre Wohnsiedlung auswirken würde.

Stattdessen geschahen in den folgenden Wochen verschiedene Attacken auf das Auto und den Hänger der Familie Dullin. Es war erst einmal nicht klar, ob dies nicht im Zusammenhang mit der Wasserstelle gesehen werden konnte und führte somit zu weiteren Irritationen.

In diese Situation hinein bot das braunschweiger forum den Anwohner/innen der Uferstraße an, sich der Angelegenheit anzunehmen. Zwei Bürgerversammlungen am 19. November und 15. Dezember im Schützenhaus waren sehr gut besucht und dienten dazu, Informationen, Bebauungspläne, Verträge etc. zusammenzutragen und die Bedenken der Anlieger/innen zu sammeln. Bereits in der Vergangenheit hatte sich unser Verein der Uferstraße angenommen. Ein Rundbrief des braunschweiger forums, eine Entwurfsarbeit des Fachbereichs Städtebau und Architektur der TU in Braunschweig sowie eine Seminararbeit der Gesamthochschule Kassel hatten sich vor Jahren bereits dem Thema „Leben in der Uferstraße“ gewidmet.

Mit Hilfe einer Unterschriftenliste der Anwohner/innen und einem

entsprechenden Anschreiben wendeten wir uns auch dieses Mal an den Oberbürgermeister und baten um Transparenz. Da auch nach drei Wochen keine Reaktion erfolgte, startete das braunschweiger forum einen Versuch, direkt mit der Stadtbad GmbH in Verbindung zu treten. Herr Oppermann, der technische Direktor, zeigte sich dem Anliegen gegenüber sehr offen. Kurzerhand wurde zwischen Weihnachten und Neujahr ein vor Ort gemeinsames Treffen verabredet. Dies fand am Dienstag, den 30.12.2008 statt und brachte den Anwohner/innen die nötigen Informationen.



Erläuterung des Lageplans durch den techn. Direktor, Herrn Oppermann

Herr Oppermann, selbst Architekt, breitete kurzer Hand einen Lageplan des zukünftigen Spaß- und Erlebnisbades auf dem Bo-

den aus und erläuterte den Anwesenden die zukünftige Planung. Trotz kriechender Kälte stellte er sich ausführlich allen Fragen, erläuterte Details und bemühte sich, alle Ängste abzubauen. Er vermittelte den Anwesenden seinen Optimismus, das Gelände eher noch aufzuwerten, was sich positiv auf die dort Lebenden auswirken wird. Auch die Realisierung einer Lärmschutzwand in einigem Abstand parallel zum Galggraben wird die Menschen nicht einmauern, wie durch Gerüchte zu vernehmen war, sondern wird so angelegt, dass sich diese durch entsprechende Berankung und Gestaltung in die Natur einfügt.

Zum Schluss blieb noch die Frage nach der Wasserstelle, die zwar neu angelegt, aber dennoch lückenlos für die Anwohner/innen nutzbar sein muss. Auch hierfür erklärte er das Konzept, was den Wünschen der Betroffenen entsprach. Für einen kurzfristigen Schutz gegen Kälte wurde die Lieferung von Mineralwolle versprochen.

Am Sylvestermorgen – einen Tag nach der Begehung – sorgte unser Verein spontan für die Bereitstellung einiger Holzplatten sowie Metallwinkel und – scharniere. Noch während des Ausladens trudelten Helfer und Helferinnen ein, die mit viel Engagement einen kleinen Unterstand zimmer-

ten – Hunde, Katzen, Kinder und auch die älteren Bewohner/innen fanden sich irgendwann während der Bauphase ein, leisteten uns Gesellschaft, gaben Tipps und versorgten uns mit heißem Kaffee und leckeren Keksen.



Bau des Unterstandes

Nach vielen Stunden landeten wir etwas unterkühlt in der Küche der Familie Brunke, die sich als Schausteller in und weit über Braunschweig hinaus einen Namen gemacht hat. Sie luden uns nach getaner Arbeit wie selbstverständlich in ihr Heim ein. Alte Fotos und Geschichten wurden ausgetauscht, die ihre enge Verbundenheit mit dieser Gegend widerspiegeln. Bereits vor 70 Jahren, also noch vor dem 2. Weltkrieg siedelte sich ihre Großfamilie hier an der Uferstraße an und obwohl eine Tante mit ihren 16 Kindern von hier aus 1943 nach Auschwitz in das Zigeuner-Lager Birkenau deportiert und dort ermordet wurde, blieb dieser Flecken Erde ihre Heimat. Sie wünschen sich nichts sehnlicher als mit ihren Söhnen und Töchtern hier alt zu werden.

Ein kleiner Schritt auf Rumäniens Straßen

Von Ronja Willrodt
und Heiderose Wanzelius

Braunschweiger Student(inn)en der Geoökologie spenden Reflektoren für Pferdegespanne in Rumänien.

Baia Mare, eine mittelgroße Stadt im Nordwesten Rumäniens, ist Heimat vieler Roma-Familien. Die meisten leben seit Ende der Ceaucescu-Ära in Abbruchhäusern und Wellblechhütten unter unvorstellbaren Bedingungen in bitterer Armut. Viele sichern sich ihre dürftige Existenz durch Mithilfe in der Landwirtschaft oder auch im Schrotthandel. Mit Pferd und Wagen sammeln sie von früh morgens bis spät in die Nacht Almetalle,

die sie über holprige Straßen und ausgefahrene Wege zu lokalen Schrottplätzen transportieren. Die wenigsten Gespanne sind überhaupt verkehrssicher. Bei Einbruch der Dunkelheit, bei diebigem Wetter oder allgemein schlechten Sichtverhältnissen erhöht sich das Unfallrisiko enorm.

Da kam es wie gerufen, dass ehrenamtliche Mitarbeiter des braunschweiger forums über eine Website der Stagez (Studentische Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungszusammenhänge) an der TU Braunschweig erfuhren, dass diese Projekte in Rumänien unterhielten. Über einen persönlichen Kontakt wurde die Idee geschmiedet, den Roma-Familien bei der Verkehrssicherheit ihrer Pferdewagen praktisch



zu helfen. Von Geldspenden aus einem Solidaritätskonzert der Studenten wurden ca. 200 Reflektoren nebst Zubehör finanziert und von uns nach Baia Mare geschafft.



Anbringen von Reflektoren

Nino Wanzelius, der zu dem Zeitpunkt bei einer Gastfamilie vorort lebte, übernahm das Verteilen und Montieren der Reflektoren auf dem Schrottplatz seiner Gasteltern Gheorghe und Iboia Janki. Für die Sicherheit auf Rumäniens Straßen scheint es nur ein kleiner Schritt zu sein, doch für die Roma-Familien in Baia Mare ist es ein Geschenk, das viel mehr wiegt.

Ein herzliches Dankeschön an die beteiligten Student(inn)en der TU Braunschweig für diese menschliche Geste.

Freunde in der Ferne

Ronja Willrodt, Nino Wanzelius

Ein Partnerschaftsprojekt zwischen Sinti-Kindern aus Braunschweig und Roma-Kindern in Baia Mare

Seit Jahren führt das braunschweiger forum Projekte für Sinti-Familien in Braunschweig durch. Ziel ist es dabei, ihre eigene Geschichte und Kultur lebendig zu halten und ihnen dafür eine Plattform zu bieten. Es werden Konzerte veranstaltet, Kinder- und Jugendaktivitäten, wie z. B. Flamenco-, Bauchtanz-, Hip-Hop-Workshops, aber auch Tagesfahrten und Freizeiten organisiert. Ein weiteres Anliegen ist es, die schulische Laufbahn der Sinti-Kinder und Jugendlichen zu unterstützen. Zu dieser Arbeit gehört es auch, bei Problemen mit Schulen und anderen Behörden Kontakt aufzunehmen und zwischen den Kulturen zu vermitteln.

Durch die engagierte Arbeit des braunschweiger forums wurde eine Kindergärtnerin, Eva aus Rumänien inspiriert, eine Partnerschaft zwischen den Sinti-Kindern hier in Braunschweig und den Roma-Kindern dort in

Baia Mare zu organisieren. Es wurde ein Konzept entwickelt, ähnlich wie in Braunschweig, um Roma-Kinder für den Besuch der Schule zu sensibilisieren. Erstmals nutzten sie den Kindertag am Ende des Schuljahres, um für die deutschen Partnerkinder Bilder zu malen und Grüße zu schreiben. Es entwickelte sich ein reger Austausch an Briefen hin und her.



Bilder für die deutschen Partnerkinder

Die Vorsitzende des braunschweiger forums reiste nach Rumänien und brachte den Roma-kindern Schultüten mit. Sie waren gefüllt mit Buntstiften, Linealen, Heften, mathematischen Knobelspielen, Süßigkeiten, Luftballons, teilweise gespendet von der Braunschweiger Zeitung, aber auch von unserem Verein. Andere typische Souveniere, wie zum Beispiel die Plüschlöwen, der Verkehrs AG brachten den Kindern in Baia Mare unsere Stadt Braunschweig näher. Die Octavia-Gogan-Schule plant ein Gartenprojekt mit Roma-Schülern, für die das

braunschweiger forum untestützend einige Hundert Blumenzwiebeln schenkte.

Gespannt erwarten alle Beteiligten im kommenden Frühjahr die Blütenpracht als Symbol für die „Freunde in der Ferne“.

Stellungnahme zum Artikel „Internationaler Frauentag am 8.März. Gleich- stellung in Braunschweig: Ar- mutszeugnis“ von Michael Walther im Rundbrief Mai 2008

von Maybrit Hugo

Wer Kritik übt sollte genauer recherchieren. Deshalb zunächst einige Klarstellungen. Bei der Stadt Braunschweig gibt es derzeit zwei Fachbereichsleiterinnen, zwei Referatsleiterinnen und 22 Abteilungsleiterinnen (Quelle: rotes Telefonbuch der Stadt 2008/2009). Das ist in der großen Verwaltung noch längst nicht ausreichend, vor allem wären mehr Frauen auf der Ebene der Fachbereichsleitungen und Dezernate zu wünschen. Aber trotzdem finde ich es schade wenn die Leistung von Frauen so wenig gewürdigt wird.

Die Stellungnahmen des Gleichstellungsreferates gibt es, aber sie richten sich an die Verwaltung, damit bei der laufenden Arbeit Gleichstellungsgesichtspunkte berücksichtigt werden. Dies war zum Beispiel der Fall

bei den städtischen Stellungnahmen zum Landesraumordnungsprogramm, Regionalen Raumordnungsprogramm und zum Aktuellen Nahverkehrsplan. Die Stellungnahme des Gleichstellungsreferates ist jeweils eins zu eins in die Vorlage eingeflossen und so Teil der Verwaltungsmeinung geworden die von den Ratsgremien auch beschlossen wurde.

Ein anderes Verfahren ist die intensive Einbringung von Gleichstellungsaspekten im Rahmen der Mitarbeit in Arbeitsgruppen. So trägt die Vereinbarung zur Leistungsorientierten Bezahlung bei der Stadt Braunschweig die Handschrift des Gleichstellungsreferates. Das Gleichstellungsreferat hat auch aktiv an der Integrationsplanung mitgearbeitet, bis hin zur Redaktionsgruppe für das Interkulturelle Leitbild.

Ein drittes Verfahren ist der Anstoß von Projekten oder neuen Vernetzungen. Hier ist zum Beispiel auf die Planerinnen Braunschweig zu verweisen.

Viertens ist es wichtig auf Landes- und Bundesebenen bei Gesetzesvorhaben und anderen Weichenstellungen präsent zu sein. Braunschweiger Anregungen sind Bestandteil der Stellungnahmen der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros Niedersachsen. Seit

2002 bin ich auch Mitglied im Ausschuss für Frauen- und Gleichstellungsangelegenheiten des Deutschen Städtetages.

Die Beispielliste ließe sich mühelos erweitern. Seit 2002 gibt es durchaus weniger Stellungnahmen des Gleichstellungsreferates, seit der Haushaltskonsolidierung können nur exemplarisch Anregungen erfolgen. Bis 2002 wurde jeder Bebauungsplan im Gleichstellungsreferat angesehen, es gab auch eine dafür zuständige Ansprechpartnerin im Planungsbereich. Dies ist jetzt nicht mehr möglich. Dafür das Gleichstellungsreferat verantwortlich zu machen halte ich für verkehrt.

Dies alles hätte ich Herrn Walther auch gern erläutert, eine Anfrage speziell dazu gab es aber nicht.

Nach meiner Erfahrung ist je nach Inhalt und Situation abzuwägen welche Wege zum Erfolg führen. Dies kann eine öffentliche Stellungnahme sein, oft ist das aber gerade nicht der richtige Weg. Praktische Gleichstellungsarbeit bedeutet vielfach beharrliches Dranbleiben, Frauen stärken, sich vernetzen, Bündnispartnerinnen und -partner finden für Entscheidungen, Projekte und für Stellungnahmen.

Die Wahrnehmung dass es eine Gleichstellungsbeauftragte gibt hat nicht unbedingt mit fehlender

Öffentlichkeitsarbeit des Gleichstellungsreferates zu tun. Nach meiner Erfahrung nehmen viele dies erst wahr wenn es für sie persönlich relevant ist. Das Gleichstellungsreferat ist regelmäßig in Artikeln der örtlichen Medien präsent. Das eigens entwickelte Internetportal des Referates für Frauen „Frauen im Netz, FiN“ wird sehr gut angenommen.

Ich bin verwundert über eine Sichtweise die das langsame Vorankommen in der Gleichstellung offensichtlich der Gleichstellungsbeauftragten anlastet. Die Gleichstellungsbeauftragte hat gar nicht das Recht Entscheidungen zu fällen, sie kann nur anregen. Sie allein kann auch nicht die Frauenöffentlichkeit sein oder Gleichstellungsöffentlichkeit. Das hieße die Möglichkeiten dieser Position maßlos zu überschätzen. Ganz vieles würde ohne Gleichstellungsbeauftragte überhaupt nicht laufen. Allein kann sie die Welt aber nicht verändern.

Im 8.März-Bündnis ist das Gleichstellungsreferat Teil einer gleichberechtigt arbeitenden Gruppe. Bei der Vermengung mit der übrigen Arbeit des Gleichstellungsreferates gerät das aus dem Blick. Die Veranstaltung am 8.März 2008 war überaus gut besucht und ein Erfolg.

Insgesamt gesehen verstehe ich die Zielrichtung des Artikels

nicht. Es ist nicht in Ordnung angeblich die Gleichstellung zu fördern und dann auf die zu hauen die sich hier seit Jahren engagieren, es sei denn es geht nur um persönliche Profilierung. Der Aufruf laut zu werden kann sich doch nur an die (noch) zurückhaltenden, nicht engagierten Frauen (und Männer) richten: sich nichts gefallen zu lassen, keine Gewalt gegen Frauen zu dulden, gerechten Lohn für Frauen und Männer einzufordern und was der Ungerechtigkeiten mehr sind gegen die anzugehen ist. Zu tun gibt es ja noch reichlich.

Für die Zukunft wünsche ich mir eine andere Form des Umganges. Im persönlichen Gespräch ließe sich sicher manche Fehlinformation und Unklarheit ausräumen.

Kommentar

von Michael Walther

Ich danke für die Darstellung der Sichtweise der Gleichstellungsbeauftragten. Meine Kritik an der Arbeit des Gleichstellungsreferats ist keine Abwürdigung der Leistung von Frauen – in keiner Weise. Aber es bleibt die Kritik eines zu starken Fokus auf der Frauenförderung – der als ein Instrument der Gleichstellungsarbeit absolut richtig und berechtigt ist, aber als Schwerpunkt der Gleichstellungspolitik nicht ge-

recht wird. In einem Gespräch zwischen Maybrit Hugo und Michael Walther im Frühjahr 2007 wurde deutlich, dass Hugo Gender Mainstreaming nicht in der Verwaltung verankern möchte bzw. dafür wenig Chancen sieht.

Mir fehlt die aktive Einbeziehung von Männern, bei denen das Interesse an Gleichstellungspolitik wächst – nicht bei allen, aber doch in größerem Umfang, als viele wahrhaben wollen. Wo sind die Räume, in denen Frauen und Männer gemeinsam Gleichstellungspolitische Strategien für die Stadt Braunschweig und die Verwaltung diskutieren? Da das Gleichstellungsreferat allein nicht die Braunschweiger Welt verändern kann, ist es auf Partnerinnen und Partner angewiesen. Es geht nicht darum, auf die Gruppe der Personen, die sich seit Jahren engagieren zu hauen, sondern darauf aufmerksam zu machen, dass sich diese Gruppe erweitern muss und auch den Anschluss zu den jüngeren Generationen nicht verlieren darf.

Es ist völlig klar, dass die Gleichstellungsbeauftragte nicht das Recht hat, Entscheidungen zu fällen. Aber Sie hat die Möglichkeit, Anregungen zu geben - von diesen gibt es für mein Verständnis zu wenige aus der Sichtweise von Gender Mainstreaming.

Der Blick ins Rote Telefonbuch der Stadt zeigt bedauerlicher Weise auch, dass Frauen in Leitungspositionen im Kinder/Jugend, Kultur und Sozialbereich vertreten sind. In den Feldern der Finanz- und Personalpolitik sind sie stark unterrepräsentiert. Das zu ändern bedarf mehr als eines starken Lobbyismus der Frauen.

Ein im Kern strategischer Fehler ist aus meiner Sicht, dass im Gleichstellungsreferat ausschließlich Frauen arbeiten. Die Arbeit und Diskussion würde in Teilen breiter Zielgruppen ansprechen und auch innerhalb der Verwaltung anders wahrgenommen werden, wenn Gleichstellungspolitik nicht ausschließlich von Frauen betrieben würde. Beispiele dafür gibt es in anderen Städten.

Bedauerlich ist und bleibt, dass in der Leitungsebene der Verwaltung keine Person eine herausragende Unterstützung dem Thema widmet.

Mein Plädoyer für die Gleichstellungspolitik in Braunschweig lässt sich einfach zusammenfassen:

- Die Verwaltungsführung muss wahrnehmen, welche Chancen eine starke Gleichstellungspolitik für die Arbeit in der Verwaltung und das Zusammenleben in der Stadt hat

- Gender Mainstreaming ist als verbindliches Konzept der Verwaltung zu verankern. Somit werden in allen Arbeitsfeldern mögliche Auswirkungen auf die Lebenswelt von Frauen und/oder Männern berücksichtigt und bewusst steuert.
- Gleichstellungsarbeit ist als gemeinsame Aufgabe von Frauen und Männern zu betrachten.

Im Übrigen beteiligt sich das braunschweiger forum gern an Gesprächen zur Gleichstellung von Frauen und Männern.

Nördliches Ringgleis sichern!

Von Ommo Ommen

Das braunschweiger forum hat frühzeitig die Bedeutung des stillgelegten Ringgleises erkannt und dafür gesorgt, dass es gesichert und als Rad- und Fußweg

en Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung steht. Dieses Engagement wurde Ende 2008 vom Bundesministerium für Verkehr, Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung gewürdigt. „Gewürdigt wurde (...) die beispielhafte Verknüpfung von Stadt-, Verkehrs- und Freiraumplanung im Westlichen Ringgebiet.“

Als Besonderheit wird hervorgehoben: 'Der Anstoß zur Umwandlung wurde durch eine Bürgerinitiative gegeben und durch die Stadt Braunschweig aufgegriffen. Das Projekt strahlt als Identität stiftendes Leuchtturm-Projekt auf das gesamt Soziale Stadt Gebiet aus.“

Das Lob greift das braunschweiger forum gern auf um drauf hin zu weisen, dass der nord-östliche Abschnitt zwischen der Oker am Heizkraftwerk Mitte und der Beethovenstraße noch nicht gesichert ist.



Ringgleis: Okerquerung am Heizkraftwerk ist realisierbar

Langfristige Planungsziele müssen unserer Meinung nach sein:

- Überbrückung der Oker
- Durchfahrung bzw. unmittelbare Umfahrung des Heizkraftwerk-Geländes
- Wegsicherung im Ausbauabschnitt der RegioStadtBahn zwischen Hamburger Str. und Beethovenstraße (Schimmelhof / Nordbahnhof / Stadtwerke / TU-Institute)
- Anbindung der Ricarda-Huch-Schule und der Neuen Oberschule
- Querung der Bahnstrecke Braunschweig – Gifhorn
- Querung von Wabe und Mittelriede

Das braunschweiger forum sprach die Sicherung des nördlichen Ringgleises sowie die Wegverbindung zwischen Nordbahnhof und Gliesmarode in der Radverkehrskommission der Stadt am 29. Oktober 2008 an.

Die Stadt räumte ein, dass eine Grundstücksveräußerung an einen Privaten die Wegführung über die Wabe derzeit verhindert. Der Grundstückseigentümer hat aber aktuell kein Baurecht, so dass die Stadt hier eine Gestaltungsmöglichkeit sieht: in einem aufzustellenden Bebauungsplan wird ein Wegerecht gesichert.

So könnte die durchgehende Verbindung für Fußgänger und Radfahrer zwischen Hamburger Straße und Karl-Hintze-Weg in den kommenden Jahren Realität werden.

Zum Thema Bohlweg-Westseite:

von Hans Rupp

Statt "zwanghafter Nähe" soll aufgrund einer Ratsempfehlung möglicherweise eine Bus-Rad-Spur für ein "offeneres Lebensgefühl" sorgen.

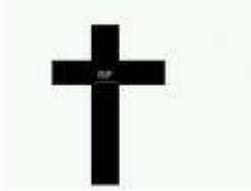
Ergänzend dazu regte das braunschweiger forum an , die Diskussion hin zu einem Projekt „Neue Mitte – gemeinsame Nutzung“ (Shared Space) auszuweiten; - im Sinne der von OB Dr. Hoffmann propagierten Stärkung der regionalen Bindungen, - hin zu einer Ausdehnung der Braunschweiger Anziehungskraft bis zu Anhaltiner Gewässern ...

... gilt es doch den Magdeburgern einen noch reizvolleren Anlass zu einer Neugier gespeisten Wanderungsbewegung zu geben!

Nicht nur rückwärtsgewandt, an verweigertem Thron, - sich rächen ;
- wegen plüsch`gem Tand, Braunschweiger Land gar schwächen ?

Stattdessen :

Ein OB es mutig sollt` wagen,
„Gemeinsame Nutzung“, - als
Projekt
unters Volk zu tragen;
- um Zukunft zu leiten,
auch Grenz` überschreiten.
Zu zeigen, daß Kreatives in ihm
steckt!



Nachruf Wolf-Rüdiger Burghaus verstorben

von Hans-W. Fechtel

Kurz vor Vollendung seines 67. Lebensjahres verstarb am 5. Mai 2008 völlig unerwartet Wolf-Rüdiger Burghaus.

Als engagierter Braunschweiger und an der Stadtgeschichte hochgradig interessierter Bürger hat Herr Burghaus die Aktivitäten des braunschweiger forums von Anbeginn an stets aufmerksam und oft voller Sympathie begleitet.

Bereits 1983 druckte er - als damaliger Leiter der Druckerei der Lebenshilfe - unser erstes "Fahrrad-Programm".

Später übernahm er für viele Jahre die Rad-Führungen über die Braunschweiger Wallanlagen. Auch andere forum-Themenradtouren, so z.B. zur Geschichte der Braunschweiger Stadtfriedhöfe oder entlang der Landwehr, wurden von ihm weiterentwickelt und für den Braunschweiger Verkehrsverein über mehrere Jahre hinweg engagiert angeboten.

Auch für die aktuellen stadtplanerischen Projekte zeigte Herr Burghaus stets reges Interesse.

Über ihn bekamen wir Kontakt zu manchem Stadtteilheimatpfleger und vor allem immer wieder interessante Hinweise zur Braunschweiger Stadtgeschichte, die wir im Rahmen von anderen forum- Radwanderungen weitergeben konnten. An den Jubiläumsveranstaltungen des forums nahm er ebenso gern teil wie an manchem Sponsorenkonzert. Und auch bei den Vorbereitungstreffen des Fahrrad-Programms war er über Jahre hinweg ein treuer Gast.

Die Stadt Braunschweig verliert mit Wolf-Rüdiger Burghaus einen außerordentlich sachkundigen Stadtführer, das braunschweiger forum einen seiner treuesten "Sympathisanten".

Wie werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt seiner Ehefrau Heidemarie.



Termine

Donnerstag 26.02.2009 19:00 Uhr
Lichterkerette von BS über Asse II
zum Schacht KONRAD

Bringt Fackeln, Kerzen, Lampions,
Taschenlampen mit.

Info: www.lichterkette09.de

Freitag, 27. Februar 2009, 19.30h

Mitgliederversammlung
Braunschweiger forum e.V.

Ort: Brunsviga, Karlstr. 35, K-Raum
(3.OG)

Donnerstag, 03. März 2008 17:00 Uhr:

Gedenkfeier zur Deportation der
Braunschweiger Sinti

Im Anschluss kleiner Imbiss geplant.

Treff: Rathaus BS, Foyer

Mittwoch, 18. März 2009, 19:00 Uhr
Braunschweig 100% regenerativ

Vortrag von Prof. Dr. Heiner Mon-
heim: Perspektiven zukünftiger

Stadtverkehrsplanung

Ort: TU-Braunschweig

Hauptgebäude Pockelsstraße

www.energieforum.unser.braunschweig.de

Sonntag, 22. März 10:00 - 18:00 Uhr:
Rad'09 – Faszination Fahrrad

Die regionale Fahrradmesse mit
Radreisebörse, Produktschau sowie
Informations- und Unterhaltungsteil.

Ort: Brunsviga, Karlstr. 35

Veranstalter: www.fahrradinitiative.de

Sonntag, 19. April 10:00 Uhr:

Frühlingstour „Rund um den
Südsee“

Radtour mit Liedern und Gedichten
des Duos Lyrik&Musik (H.W. Fechtel
& Bernhard Selker). Länge: 25-30km

Treff: Kohlmarkt / Brunnen

Veranstalter: braunschweiger forum

Weitere Radtouren: siehe

www.fahrradprogramm.de

Vorankündigung:

Sonntag, 18. Mai

Fahrradgottesdienst am Ringgleis

Anschließend Fest anlässlich der
Ehrung des Ringgleisprojektes als
„Leuchtturmprojekt“.

Treff: Ringgleis Höhe Kälberwiese

Weitere Infos: www.bs-forum.de

Impressum:

braunschweiger forum e.V.

Verein zur bürgernahen Stadtplanung

Spitzwegstraße 33

38106 Braunschweig

vorstand@bs-forum.de

www.bs-forum.de

Konto: 170 78 68

BLZ 250 500 00 Nord/LB BS

Spendenbescheinigung auf Anfrage

V.i.S.d.P. Dr. Ommo E. Ommen

Auflage: 800